

NEWSLETTER FRANK JAHNKE

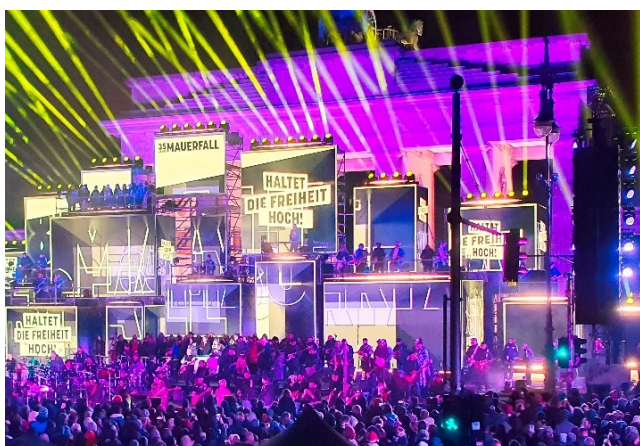
FÜR KULTUR. WIRTSCHAFT. STADTPOLITIK.



Aktuelle Informationen von Frank Jahnke
November / Dezember 2024



Inhalt	Seite
EDITORIAL	1
ZUKUNFTSORTE Wie die HTW Berlin Wirtschaft und Wissenschaft verknüpft	2
MEDIEN, KULTUR UND POLITIK »Ein Volksbürger« vor der Bundespressekonferenz	3
POLITISCHE LITERATUR Greta Wehner – eine Frau tritt aus dem Schatten	5
KULTURELLE BILDUNG Die Zukunft der Berliner Musikschulen nach dem »Herrenberg-Urteil«	6
ERINNERUNGSKULTUR Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus	8



Feierlichkeiten zum 35. Jahrestag des Mauerfalls am
Brandenburger Tor – mit Schildern, die unter dem
Motto »Haltet die Freiheit hoch« den einstigen
Grenzverlauf markierten

Foto: Frank Jahnke

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

in diesem Jahr konnten wir am 9. November bereits den 35. Jahrestag des Mauerfalls feierlich begehen. Bilder von jubelnden Menschen aus Ost und West, die sich im November 1989 in den Armen lagen, tauchten wieder zahlreich in den Medien auf. Im Innenstadtbereich Berlins wurden rund 5000 Plakate mit Motiven aus der sog. Wendezeit entlang des früheren Grenzverlaufs aufgestellt und bei der großen Feier am Brandenburger Tor präsentiert (s. Foto links).

Jenseits der Feierlichkeiten bietet das vereinte Land im Herbst 2024 indes ein durchwachsendes Bild. In drei der seinerzeit neuen Bundesländer gestalten sich die Regierungsbildungen nach den Landtagswahlen schwierig, da extreme Parteien bei den Wahlen viel Zustimmung erfahren haben. Der von der AfD provozierte Eklat bei der konstituierenden Sitzung des Thüringer Landtags ist ein in der deutschen Nachkriegsgeschichte bisher nicht gekannter Vorfall. In diesem Newsletter wird über das Theaterstück »Ein Volksbürger« berichtet, das im Saal der Bundespressekonferenz aufgeführt wurde und Gefährdungen der Demokratie durch populistische Parteien juristisch fundiert aufzeigt.

Im Gegensatz zur oftmals schlechten Stimmung in den »neuen Bundesländern« steht die wirtschaftliche Entwicklung, die in den letzten drei Jahrzehnten real stattgefunden hat. Wichtige Investitionen wurden getätigt und Ansiedlungsentscheidungen umgesetzt, die Grundlagen für wirtschaftliche Prosperität schufen – wie beispielsweise die Ansiedlung der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin auf dem alten Industrieareal der AEG in Oberschöneweide, wovon hier berichtet wird. Außerdem geht es in diesem Newsletter um die Zukunft öffentlicher Musikschulen und weitere spannende zeitgeschichtliche Themen.

Eine angeregte Lektüre wünscht

Ihr / Euer

Wie die HTW Berlin Wirtschaft und Wissenschaft verknüpft

In Oberschöneweide, einem der traditionellen Industriestandorte Berlins, nutzt die Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin die qualitativollen Klinkergebäude des früheren Kabelwerks Oberspree (KWO) mit angrenzenden Ergänzungsbauten als Campus. Der industrielle Bezug ist keineswegs eine bloße Reminiszenz an Berlins reiche Industriegeschichte, sondern hier werden wissenschaftliche Grundlagen für heutige und künftige wirtschaftliche Anwendungen gelegt sowie Unternehmensgründungen konkret unterstützt.

Die HTW ist 1994 durch die Fusion zweier Fachhochschulen aus dem Ostteil der Stadt entstanden und trug zunächst auch den Namen Fachhochschule für Technik und Wirtschaft (FHTW). Die anfangs über das Stadtgebiet verteilten Standorte der Vorgängereinstitutionen wurden sukzessive geschlossen und der Hochschulbetrieb auf den Campus Treskowallee in Karlshorst und den 2006 neu eröffneten Campus an der Spree in Oberschöneweide konzentriert. Das Land Berlin setzte mit der Ansiedlung einer Hochschule auf dem historischen AEG-Gelände stadtentwicklungs- wie wirtschaftspolitisch von Beginn an auf die Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Wohnen, wie es dem später so getauften Konzept der »Zukunftsorte« entspricht - heute ist Schöneweide einer der elf ausgewiesenen Berliner Zukunftsorte. Mit dem Bezirk Treptow-Köpenick und den hiesigen Unternehmen besteht ebenfalls ein produktiver Austausch.

Der Fachausschuss Wirtschaft, Arbeit, Technologie der Berliner SPD wollte sich vor Ort ein Bild machen, wie die HTW Berlin – neben der Sicherung des wissenschaftlichen Nachwuchses – Unternehmensgründungen auch direkt unterstützt. Bei einer Campus-Führung mit der HTW-Vizepräsidentin für Forschung, Transfer und Wissenschaftskommunikation, PROF. STEFANIE MOLTHAGEN-SCHNÖRING, lernte der Ausschuss die unterschiedlichen Projekte kennen, mit denen die Hochschule z.B. Startups fördert oder Studierende auf dem Weg in die Selbständigkeit begleitet.

Für Startups steht eine breite Palette von Unterstützungsangeboten zur Verfügung, die von

einer eigenen Professur für Entrepreneurship, über die Möglichkeit für Startups, mit Forschungsprojekten der Hochschule zu kooperieren, spezielle Network-Veranstaltungen bis hin zum vom Land geförderten Berliner Startup-Stipendium reichen. Im Fokus stehen dabei insbesondere Startups aus den Bereichen Smart City, Social Entrepreneurship oder Sustainable Entrepreneurship.

Highlights sind die beiden Programme IDiA sowie das Inkubationsprogramm InnoTechHub: Das Programm IDiA (was für »Ideas in Action« steht) richtet sich an HTW-Angehörige generell, also auch an Professorinnen und Professoren und weitere Mitarbeitende, in der Vorgründungsphase und beinhaltet sowohl die Ideengenerierung als auch die konkrete Entwicklung von Prototypen. Hierzu gehören vor allem geeignete Räumlichkeiten wie Coworking-Spaces oder die mit 3D-Druckern, CNS-Fräsen und Lastercuttern ausgestattete High-Tech-Werkstatt »Maker Space«.



*Blick auf die Gebäude der HTW Berlin an der Spree in Oberschöneweide im ehemaligen Werk der AEG
Foto: Frank Jahnke*

Aus der EXIST-Förderung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) setzt die HTW Berlin verschiedene Projekte um: So begleitet die Hochschule aktuell acht innovative Gründungsteams im Programm EXIST-Gründungsstipendium mit Infrastruktur und Know-how. Ein besonderer Fokus liegt auf der Erhöhung der Gründerinnen-Quote, wozu u. a. das Programm EXIST Women genutzt wird. Der InnoTechHub ist der Inkubator für innovative, wachstumsorientierte Startups an der HTW Berlin. Als Teil des Gründungsbereichs

HTWStartup ergänzt der InnoTechHub die bestehenden Angebote durch eine spezielle Förderung für Tech-Startups.



HTW-Vizepräsidentin Prof. STEFANIE MOLTHAGEN-SCHNÖRING im Gespräch mit BJÖRN ENGLERT vom Fachausschuss Wirtschaft, Arbeit, Technologie – rechts MARTIN HOLZHAUER, Leiter des »Maker Space« der HTW

Foto: Frank Jahnke

Das nächste große Projekt, an dem sich die Hochschule beteiligt, ist das Leuchtturmprojekt UNITE im Rahmen des Bundeswettbewerbs »Startup-Factories« des BMWK. Hinter UNITE steht ein Berlin-Brandenburger Konsortium von über 30 Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie Akteuren aus Wirtschaft, Verbänden und Venture Capital Unternehmen. Das Projekt geht nun in die Konzeptionsphase, und federführend seitens der HTW ist wiederum STEFANIE MOLTHAGEN-SCHNÖRING. Ziel ist insbesondere die Festigung der Position Berlins als Startup-Hauptstadt durch Qualifizierung von Talenten und die Gewinnung internationaler Teams. Zur Bündelung der Kräfte soll eine gemeinsame Entrepreneurship-Plattform aller Universitäten, der Charité und der Hochschulen für angewandte Wissenschaften aufgebaut werden, wobei der HTW zweifellos eine wichtige Rolle zufallen wird.

Weitere Informationen unter:

<https://entrepreneurship.htw-berlin.de>

<https://www.unite.berlin/>

<https://startup-factories.de/factory/unite/>

»Ein Volksbürger« vor der Bundespressekonferenz

Den langen Tisch mit der hellblauen Wand im Hintergrund, auf der »Bundespressekonferenz« zu lesen steht, kennen fast alle aus den Nachrichtensendungen im Fernsehen. Vor dieser Kulisse stellen sich Vertreterinnen und Vertreter der Bundespolitik regelmäßig den Fragen der Presse und erklären ihre Politik. Hier verkündete ANGELA MERKEL z.B. »Wir schaffen das!«, hier wurden auch die jeweils neuesten Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie vom Gesundheitsminister, flankiert von Virologen, bekannt gegeben, und OLAF SCHOLZ setzte von hieraus den Begriff »Doppelwumms« in die Welt.

Die Bundespressekonferenz wurde als unabhängiger Verein derjenigen Journalistinnen und Journalisten, die über Bundespolitik berichten, bereits 1949, kurz nach der Wahl des ersten Bundeskanzlers KONRAD ADENAUER, in Bonn gegründet. Mit dem Umzug der Bundesregierung 1999 nach Berlin verlegte sie ihren Sitz ebenfalls an die Spree, die auch tatsächlich unmittelbar am Gebäude der Bundespressekonferenz vorbeifließt.

Mit einem großen Festakt feierte die Bundespressekonferenz am 18. Oktober 2024 ihr 75-jähriges Bestehen, aber öffnete anlässlich ihres Jubiläums das Haus auch anderen Formaten. Besonders bemerkenswert hierbei ist eine Inszenierung der Berliner Musik- und Theaterensembles »Nico and the Navigators« im Saal der Bundespressekonferenz. Im Mittelpunkt des von NICOLA HÜMPEL vortrefflich inszenierten und als politische Farce bezeichneten Stücks »Ein Volksbürger« steht der populistische Wahlsieger Dominik Arndt, der von FABIAN HINRICHS hervorragend verkörpert wird. Bei der Wahl in einem Bundesland, das stets nur als »der Freistaat« bezeichnet wird, hat die »Demokratische Allianz« von Dominik Arndt die absolute Mehrheit der Stimmen erreicht. Das Kürzel der Partei »DA« ist keineswegs zufällig identisch mit den Initialen des Parteigründers, der hiermit in seinen Stellungnahmen auch ständig kokettiert, während ein Zusammenhang mit dem kurzlebigen »Demokratischen Aufbruch« aus der sog. Wendezeit in der DDR, der sich ebenfalls DA abkürzte, gewiss nicht intendiert ist.

Die Ankunft von Dominik Arndt am Wahlabend bei der Bundespressekonferenz – stilgerecht mit einem noblen Fahrrad – wird auf einen Bildschirm in den Konferenzsaal übertragen. Das



Vor bekannter Kulisse: Der Vorsitzende der Bundespressekonferenz MATHIS FELDHOFF (rechts) im Gespräch mit dem Autor und Juristen MAXIMILIAN STEINBEIS

Foto: Sabrina Hausmann

Mitwirken des bekannten ZDF-Journalisten THEO KOLL, der auf dem Bildschirm erscheint und Dominik Arndt bereits bei seinem Eintreffen zu interviewen versucht, verleiht der Darstellung ein hohes Maß an Authentizität. Doch Dominik Arndt lässt THEO KOLL mit seinen Fragen arrogant abblitzen und verhält sich auch anschließend im Saal der Bundespressekonferenz so, wie es diese ehrwürdige Institution in der Realität wohl kaum zuließe. Die von KLARA PFEIFFER gespielte Leiterin der Pressekonferenz kommt fast nicht zu Worte, Dominik Arndt beantwortet nach einem langen Monolog auch keine einzige Frage, sondern verabschiedet sich mit Verweis auf die vielen anderen Gespräche, die er nun zu führen habe.

Die Farce nimmt ihren Lauf in Gestalt weiterer Pressekonferenzen innerhalb der folgenden Monate – abwechselnd mit der von ANNEDORE KLEIST verkörperten Regierungssprecherin und mit Dominik Arndt sowie gelegentlichen Begleitungen auf beiden Seiten. Die Zuspitzung des politischen Konflikts zwischen Arndts Politik »im Freistaat« und dem Bundesrecht wird hierdurch gut nachvollziehbar.

Im Mittelpunkt stehen Maßnahmen, die Arndt in der Migrationspolitik ohne Rücksicht auf höherrangiges Bundesrecht ergreift, bis schließlich erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland das Instrument des Bundeszwangs gemäß Art. 37 GG zur Anwendung kommt.

Letztendlich führt dies im Stück zur Flucht des populistischen Ministerpräsidenten »in ein Land, wo die Zitronen blühen«, wie es heißt, von wo er sich dann auch mit einer pathetisch-selbstgerechten Videobotschaft meldet – doch ein Gefühl, dass am Ende alles gut sei, stellt sich nicht ein. Auch wenn die »Demokratische Allianz« bewusst nicht eine bestimmte Partei abbilden soll und Dominik Arndt trotz seines migrationsfeindlichen Kurses sogar mehrmals betont, dass ohne ihn »die Rechten« bei der Wahl wahrscheinlich die Mehrheit gewonnen hätten, drängen sich Assoziationen zur derzeitigen Situation in manchem Bundesland auf.

Erschreckende Aktualität gewann das Stück auch dadurch, dass just am Tag vor der Premiere der Alterspräsident von der AfD im Thüringer Landtag bei der konstituierenden Sitzung für einen Eklat gesorgt hatte, als er demokratische Gepflogenheiten außer Kraft zu setzen versuchte. Der Jurist und Autor MAXIMILIAN STEINBEIS, auf dessen Essay »Der Volkskanzler« die Inszenierung von NICOLA HÜMPEL beruht und der gerade in seinem Buch »Die verwundbare Demokratie. Strategien gegen die populistische Übernahme« juristisch fundiert die Gefahren aufzeigt, wie die Demokratie mit ihren eigenen Mitteln ausgehebelt werden kann, betonte die



Schlussapplaus im Saal der Bundespressekonferenz für »Nico and the Navigators« NICOLA HÜMPEL und OLIVER PROSKE (5. und 6. v. r.), Autor MAXIMILIAN STEINBEIS (3. v.r.) und alle Mitwirkenden – zweiter von rechts »Dominik Arndt« alias FABIAN HINRICHS
Foto: Sabrina Hausmann

Zufälligkeit dieses zeitlichen Zusammentreffens. Doch hob er im Gespräch mit MATHIS FELDHOFF, dem Vorsitzenden der Bundespressekonferenz, im Anschluss an die Premiere hervor, dass Vorkommnisse wie im Thüringer Landtag kein Zufall seien, wenn eine Partei wie die AfD in demokratischen Wahlen stärkste Fraktion würde und mit einer Sperrminorität weitreichende Möglichkeiten in die Hand bekäme.

Die Sicherung einer demokratischen, unabhängigen Justiz habe daher höchste Priorität. Im Stück »Ein Volksbürger«, ebenso wie in im realen Fall Thüringens, waren es unabhängige Verfassungsrichter, die dem populistischen Treiben – noch – Einhalt gebieten konnten. Dass Dominik Arndt sich anschließend in die Opferrolle begibt und das »willkürliche, undemokratische Vorgehen« der Bundesebene gegen ihn, den gewählten Ministerpräsidenten, anprangert, gleicht ebenfalls der Reaktion der AfD in ihrer eingespielten Opferrolle.

Die Aufführung von »Nico and the Navigators« im Saal der Bundespressekonferenz erfolgte an drei aufeinanderfolgenden Abenden Ende September, wurde einmal auch im Livestream in das Kino »Babylon« übertragen. Doch dankenswerterweise ist dieses unbedingt empfehlenswerte Lehrstück zur Verwundbarkeit der Demokratie nach wie vor in der ARTE-Mediathek in voller Länge online verfügbar unter:

<https://www.arte.tv/de/videos/120497-000-A/ein-volksbuenger/> ! 2024

POLITISCHE LITERATUR

Greta Wehner – eine Frau tritt aus dem Schatten

Über HERBERT WEHNER sind mehrere Biografien sowie zahlreiche Betrachtungen der verschiedenen Aspekte seines politischen Wirkens vor dem 2. Weltkrieg und vor allem aus seiner Zeit als eine der prägenden Persönlichkeiten der frühen Bundesrepublik Deutschland von den vierziger Jahren bis in die achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts erschienen. Doch die Frau, die ihm dabei unverzichtbar zur Seite stand, blieb bisher in der historischen Würdigung weitgehend im Hintergrund. Absichtsvoll hat CHRISTOPH MEYER deshalb seine kürzlich erschienene Biografie »Greta Wehner – Eine Frau tritt aus dem Schatten« betitelt.

Am 3. November 2024 – drei Tage nach GRETA WEHNER'S 100. Geburtstag – wurde die Biografie auf einer Veranstaltung des August-Bebel-

Instituts (ABI) im Wahlkreisbüro von MICHAEL MÜLLER vorgestellt. Auch Bundestagspräsidentin BÄRBEL BAS ließ es sich nicht nehmen, am Sonntagvormittag dabei zu sein und ein Grußwort zu sprechen. Anschließend las Autor CHRISTOPH MEYER Auszüge aus seinem Werk und skizzierte dabei die Persönlichkeit und den Werdegang GRETA WEHNER'S.

Als GRETA BURMESTER 1924 in Hamburg geboren, wuchs sie in einem kommunistischen Elternhaus auf. Ihr Vater CARL BURMESTER arbeitete nach der Machübernahme durch die Nationalsozialisten illegal weiter für die KPD, wurde wiederholt verhaftet und starb 1934 nach einem Gestapo-Verhör. Ihrer Mutter CHARLOTTE BURMESTER gelang in der Folgezeit die Flucht mit GRETA und ihrem Bruder nach Schweden. Dort lernten sie später HERBERT WEHNER kennen, der ebenfalls der KPD angehörte, in deren »Parteiauftrag« er nach Schweden gekommen war, sich jedoch nach einer Festnahme in Schweden von der KPD löste.



FRANZ MÜNTEFERING bei der Veranstaltung des ABI im Wahlkreisbüro von MICHAEL MÜLLER vor dem Portrait von August Bebel, auf den er auch inhaltlich Bezug nahm – links neben ihm sitzend: Autor CHRISTOPH MEYER
Foto: Frank Jahnke

CHARLOTTE BURMESTER heiratete WEHNER 1944 im schwedischen Exil, und die Familie kehrte 1946 nach Hamburg zurück. Dort wurden HERBERT WEHNER und auch GRETA bald Mitglieder der unter KURT SCHUMACHER wiederbegründeten SPD. GRETA war formal HERBERT WEHNER'S Stieftochter, doch ist ihr gegenseitiges Verhältnis durch diese Kategorisierung unzureichend beschrieben. Schon seit den 50er Jahren begleitete GRETA ihren Stiefvater auf Reisen, fuhr oft auch selbst den Dienstwagen, organisierte für ihn den persönlichen und politischen Alltag, war zugleich aber auch wichtige Ratgeberin. Nachdem ihre Mutter 1979 verstorben war, wurde GRETA 1983 schließlich HERBERT

WEHNERS dritte Ehefrau und pflegte den zunehmend an Demenz erkrankten WEHNER bis zu seinem Tod 1990.

HERBERT WEHNER erlebte die deutsche Einheit nicht mehr, aber GRETA war es ein Bedürfnis, sein Erbe in die Stadt zu bringen, in der er 1906 geboren wurde, nach Dresden. Das von GRETA mitbegründete Herbert-Wehner-Bildungswerk hat hier seit 1994 seinen Sitz, und 1996 zog GRETA WEHNER auch privat von Bonn nach Dresden, wo sie bis zu ihrem Tod 2017 lebte und nach wie vor aktiv politisch wirkte. CHRISTOPH MEYER hat in diesen zwei Jahrzehnten eng mit ihr zusammengearbeitet und legte 2006 mit ihrer Unterstützung auch eine Biografie über HERBERT WEHNER vor. Das Haus in Dresden, in dem GRETA zuletzt lebte, in dessen Interieur aber auch die vorherige gemeinsame Wohnung mit HERBERT WEHNER in Bonn noch erlebbar ist, dient heute als Sitz der 2003 gegründeten Herbert- und Greta-Wehner-Stiftung, als deren Vorsitzender wiederum CHRISTOPH MEYER fungiert.

Bei der Veranstaltung des ABI am 3. November trat als Zeitzeuge auch der frühere SPD-Vorsitzende FRANZ MÜNTEFERING auf und schilderte das politische Wirken von GRETA WEHNER anhand eindrucksvoller Beispiele. So wandte sich etwa der junge Bundestagsabgeordnete FRANZ MÜNTEFERING Mitte der 70er Jahre an seinen Fraktionsvorsitzenden HERBERT WEHNER, um ihn in seinen Wahlkreis im Sauerland einzuladen. »Der Onkel«, wie WEHNER allgemein genannt wurde, wollte die Einladung schriftlich haben. FRANZ MÜNTEFERING reichte seine Bitte daraufhin in Form eines Briefes ein, den er jedoch bereits nach zwei Tagen mit dem Vermerk zurück erhielt: »Keine Zeit. Greta«. Oder auch bei den diffizilen Bemühungen zur Freilassung von Menschen aus der DDR, bei denen WEHNER seine alten Kontakte zu einstigen kommunistischen Genossen nutzte und die deshalb strengster Geheimhaltung unterlagen, lief der Weg über GRETA, wie MÜNTEFERING erfuhr, als er einem aus der DDR geflohenen Ehepaar erfolgreich half, die Kinder aus der DDR nachzuholen.

Wie CHRISTOPH MEYER resümiert, war GRETA WEHNER im Laufe von 37 Jahren für HERBERT »Bürochefin, Fahrerin, Mitarbeiterin, Begleiterin, Ehefrau und Pflegerin«, ohne irgendeinem der gängigen Klischees zu entsprechen – eine besondere Frau, die durch diese lesenswerte Biografie hoffentlich nun wirklich »aus dem Schatten tritt« und endlich die ihr gebührende politische Würdigung erfährt!

*Literaturtipp: Greta Wehner – Eine Frau tritt aus dem Schatten, Christoph Meyer, Verlag Langen Müller, Stuttgart September 2024
ISBN: 978-3-7844-3721-7*

Die Zukunft der Berliner Musikschulen nach dem »Herrenberg-Urteil«

Herrenberg ist eine Kleinstadt im Landkreis Böblingen westlich von Stuttgart, deren Name sich seit 2022 mit einem Urteil des Bundessozialgerichts verbindet, das weitreichende Folgen für die Musikschulen in ganz Deutschland haben wird. Die langjährige Praxis, Musikschuldozentinnen und -dozenten überwiegend als Honorarkräfte und damit als »Selbständige« zu beschäftigen – zum Nachteil sowohl der Beschäftigten als auch der Sozialkassen – dürfte nach diesem Urteil der Vergangenheit angehören.

Die Frage, inwieweit eine Tätigkeit als selbständig anzusehen ist, bei der die Musikschule alle Rahmenbedingungen des Unterrichts wie etwa Ort, Zeit, Vergütung, Zuweisung der Schülerinnen und Schüler sowie häufig auch Curricula vorgibt, war schon häufiger Gegenstand rechtlicher Auseinandersetzungen – und auch der Weg zum »Herrenberg-Urteil« führte über mehrere Instanzen. Eine an der kommunalen Musikschule Herrenberg tätige Klavierlehrerin hatte 2017 vor dem Sozialgericht Stuttgart die Feststellung erstritten, in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis zu stehen. Die daraufhin ergangene Verwaltungsentscheidung der Deutschen Rentenversicherung Bund, Sozialbeiträge von der Stadt Herrenberg einzufordern, wurde von der Stadt vor dem Landesozialgericht (LSG) Baden-Württemberg erfolgreich beklagt: Das LSG Baden-Württemberg hob 2019 das Urteil des Sozialgerichts Stuttgart auf. Hiergegen legte jedoch die Deutsche Rentenversicherung, mit der betroffenen Musikschuldozentin als Beigeladener, Widerspruch ein und erhielt Recht. Das Bundessozialgericht (BSG) »kassierte« im Juni 2022 das Urteil des LSG Baden-Württemberg und bestätigte hiermit letztinstanzlich die Feststellung des Sozialgerichts Stuttgart, es handele um ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis.

Dieses höchstrichterliche Urteil hat Bedeutung über den Einzelfall weit hinaus. Auch in Berlin ist nur knapp ein Viertel der an den bezirklichen Musikschulen Unterrichtenden sozialversicherungspflichtig beschäftigt. In ihrer Koalitionsvereinbarung von 2023 haben CDU und SPD zwar vereinbart, sich für »mehr Festanstellungen an Berliner Musikschulen« einzusetzen, aber ohne Nennung konkreter Fristen und Zahlen. Um in dieser Frage politisch mehr Druck zu machen,

luden die SPD-Abgeordneten MELANIE KÜHNEMANN-GRUNOW (Sprecherin für Kultur und Medien), SVEN MEYER (Sprecher für Arbeit und Ausbildung) sowie LARS RAUCHFUß (Sprecher für Bezirke und Produkthaushalt) zu einem Fachgespräch »Perspektive Musikschulen« ins Abgeordnetenhaus ein. Auf dem Podium vertreten waren außerdem die Präsidentin des Landesmusikrats Berlin, HELLA DUNGER-LÖPER, die für Weiterbildung und Kultur zuständige Stadträtin HEIKE SCHMITT-SCHMELZ aus Charlottenburg-Wilmersdorf und ANDREAS KÖHN von der »AG Kunst und Kultur« bei der Gewerkschaft ver.di Berlin-Brandenburg.

Einvernehmen bestand in der Feststellung, dass mit dem »Herrenberg-Urteil« die Zeit der vagen Absichten vorbei sei, weil das letztinstanzliche Urteil des BSG für die Gebietskörperschaften ebenso wie für die Sozialkassen langfristig bindend ist. Derzeit hat die Deutsche Rentenversicherung noch einem bis Anfang 2025 verlängerten Moratorium zugestimmt, aber wird bei Scheinselbständigkeit keinesfalls mehr dauerhaft »ein Auge zudrücken«, wie bislang geschehen. Auch die Künstlersozialkasse (KSK) hat bereits angekündigt, Honorarkräfte an Musikschulen künftig nicht mehr zu versichern.

Die Umwandlung von Honorarverträgen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse wird allerdings nicht kostenneutral für den Landeshaushalt zu haben sein. In Zeiten von Einsparerfordernissen im Berliner Haushalt in Milliardenhöhe, bei denen auch vor dem Kulturbereich nicht haltgemacht wird, erscheint die Forderung nach Aufwüchsen für die Musikschulen auf den ersten Blick etwas vermessen, jedoch geht diese Argumentation völlig an der veränderten rechtlichen Situation nach dem »Herrenberg-Urteil« vorbei. Wie sowohl SVEN MEYER, MdA als auch der Gewerkschafter ANDREAS KÖHN in der Diskussion verdeutlichten, ist die »kostengünstigere Lösung« über Honorarverträge nur zu Lasten der Beschäftigten und Sozialkassen kostengünstig gewesen – dem wurde nun jedoch durch das BSG ein Riegel vorgeschoben. Wenn also der Unterricht an Musikschulen in gleichem Umfang durch Festangestellte aufrechterhalten werden soll, müssten entweder die Beiträge der Schülerinnen und Schüler drastisch erhöht werden, was im Sinne eines möglichst niedrigschwelligen, sozial nicht diskriminierenden Zugangs zur musikalischen Bildung jedoch abzulehnen ist, oder die Zuweisungen des Landes an die Bezirke für die

Musikschulen müssten entsprechend erhöht werden.

Der in dem Fachgespräch ebenfalls formulierten Frage, ob es möglicherweise besser wäre, zu einer »Landesmusikschule« zu kommen, wurde nicht nur von der auf dem Podium vertretenen Bezirksstadträtin HEIKE SCHMITT-SCHMELZ eine Absage erteilt. Auch vonseiten des zahlreich erschienenen Publikums wurde zum einen die wichtige Funktion unterschiedlicher Profile der Musikschulen betont. Zum zweiten macht allein die Größe eines Berliner Bezirks, von denen jeder die Bevölkerungszahl einer deutschen Großstadt aufweist, mehrere Musikschulen erforderlich – die Zahl der Schülerinnen und



Fachgespräch der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus mit: MELANIE-KÜHNEMANN-GRUNOW, SVEN MEYER, ANDREAS KÖHN, HELLA DUNGER-LÖPER, HEIKE SCHMITT-SCHMELZ und LARS RAUCHFUß (v. r. n. l.)

Foto: Frank Jahnke

Schüler einer Musikschule wie der in Steglitz-Zehlendorf oder in der City-West übersteigt die einer Musikschule Herrenberg bei weitem. Wie MELANIE KÜHNEMANN-GRUNOW, MdA hervorhob, bleibt aber ein umfassendes Musikschulgesetz für Berlin das Ziel der Koalition, auch wenn es die CDU damit nicht so eilig hat.

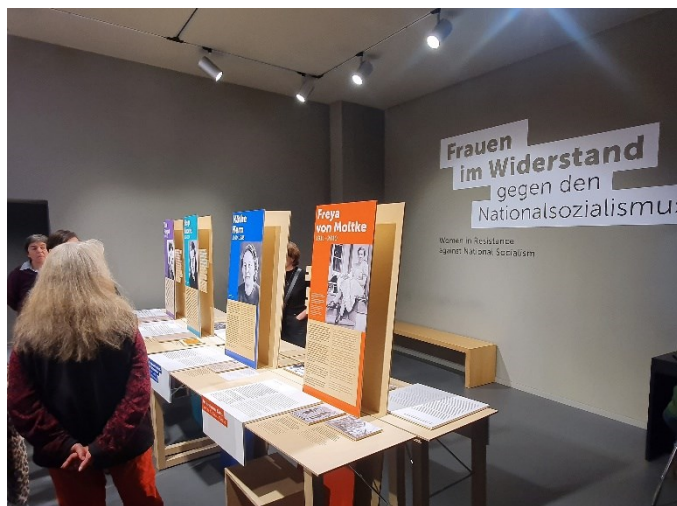
In den nächsten Wochen kommt es nun darauf an, die haushaltspolitischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die wichtige musikpädagogische Arbeit an den Berliner Musikschulen nicht drastisch reduziert werden muss, wie HELLA DUNGER-LÖPER für den Landesmusikrat verdeutlichte. Die bisher verfolgte Strategie, in einer Art »Stufenplan« schrittweise den Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter zu erhöhen, sah auch der Haushaltspolitiker LARS RAUCHFUß kritisch. Spätestens das »Herrenberg-Urteil« erfordert nun ein Konzept, wie der Unterricht an Berlins Musikschulen insgesamt auch ohne Scheinselbständigkeit in bisherigem Umfang geleistet werden kann!

Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Meistens fallen uns, wenn es um den Widerstand gegen Hitler geht, zuerst Namen von Männern ein, wie etwa der des CLAUDIUS SCHENK GRAF VON STAUFFENBERG und der anderen Männer des 20. Juli 1944 oder der des einsamen Attentäters GEORG ELSER. Allenfalls SOPHIE SCHOLL hat als Frau eine ähnliche Bekanntheit. Doch es gab sehr viel mehr mutige Frauen in der Zeit des Nationalsozialismus, die Widerstand leisteten – und diesen Widerstand oft mit dem Leben bezahlten.

Der Deutsche Bundestag beschloss daher im Juni 2019 den Antrag der Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD »Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus würdigen«. Ziel des Antrags war die Erforschung des Widerstands von Frauen gegen die nationalsozialistische Diktatur sowie die anschließende Präsentation der Ergebnisse – sowohl digital als auch im Rahmen einer Wanderausstellung. Die Durchführung des Projekts liegt bei der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, die auch erste Station der Ausstellung war. Bedingt durch die Corona-Pandemie verzögerte sich die Umsetzung des Projekts, doch nun liegt das Ergebnis vor. Mehr als 300 Biografien von Frauen, die in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen Widerstand gegen den Nationalsozialismus leisteten, sind auf der Website der Gedenkstätte bereits abrufbar – weitere werden nach Forschungsstand laufend hinzugefügt. Die im Buchhandel erhältliche, sehr empfehlenswerte Publikation hierzu verdeutlicht die Hintergründe; zu einigen Widerstandskämpferinnen sind auch Einzelportraits erschienen.

Der von mir geleitete Verein »Das Rote Tuch e.V.«, der sich der antifaschistischen Bildungs- und Erinnerungsarbeit widmet, erhielt im Oktober eine Führung durch die Ausstellung, die sich mit ausgewählten Biografien beschäftigte. Namen wie der von KÄTHE NIEDERKIRCHNER, die 1944 im KZ Ravensbrück erschossen wurde, oder ANNA VON GIERKE sind in Berlin zumindest durch Straßenbenennungen geläufig, während viele andere Namen nun erst durch das Forschungsprojekt der Vergessenheit entrissen werden. Frauen wie ANNEDORE LEBER, die nach der Ermordung ihres Mannes JULIUS LEBER die Kohlenhandlung in Schöneberg weiterführte und in der Nachkriegszeit im Westteil Berlins eine wichtige Rolle spielte, oder INGE



Blick in die Ausstellung mit ausgewählten Portraits von 32 Widerstandskämpferinnen, die demnächst als Wanderausstellung in verschiedenen deutschen Städten zu sehen sein wird

Foto: Frank Jahnke

DEUTSCHKRON, die ebenso wie MARGOT FRIEDLÄNDER noch in hohem Alter Lesungen vor Schülergruppen hielt, sind den meisten ein Begriff. Einige aus unserer Gruppe erinnern sich auch noch an ANNELIESE GROSCURTH, die in Charlottenburg lange als Ärztin tätig war.

Es werden Frauen aus ganz unterschiedlichen sozialen Milieus vorgestellt, wie etwa FREYA VON MOLTKE oder die Gewerkschafterin KÄTHE KERN. Auch berühmte Schauspielerinnen wie MARLENE DIETRICH und THERESE GIEHSE, deren Widerstand vielleicht nicht mit unmittelbarer Lebensgefahr verbunden war, befinden sich unter den Portraitierten. All den Frauen ist aber der Wille gemeinsam, etwas gegen dieses Regime zu unternehmen – und bewusst verzichtet die Ausstellung auf eine Hierarchisierung.

Biografien und weitere Informationen unter: <https://www.frauen-im-widerstand-33-45.de>

Literatur: Frauen im Widerstand, Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 2024 ISBN: 978-3-945812-58-7

✉ newsletter@frank-jahnke.de

🖥 www.frank-jahnke.de

V.i.S.d.P.: Frank Jahnke
Gurnemannpfad 62, 13465 Berlin